

Rettet die Amtsärzte

Im Öffentlichen Gesundheitsdienst erfüllen Mediziner anspruchsvolle Aufgaben – und verdienen dennoch weniger als in der Klinik. Kein Wunder, dass die Ämter kaum Nachwuchs finden, meint **Ute Teichert-Barthel**.

In der gesundheitspolitischen Diskussion wird der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) nur selten wahrgenommen. Das ändert sich schlagartig, wenn Bevölkerung, Medien und Politiker mit der Gefahr von Pandemien – einer länderübergreifenden Ausbreitung von Krankheiten – konfrontiert werden. Bei der Planung und Umsetzung geeigneter Impfstrategien gerät der ÖGD ins Blickfeld und die Gesundheitspolitik stellt verwundert fest, dass die personellen Kapazitäten in den Gesundheitsämtern mehr und mehr ausgedünnt wurden. Schon beim Auftreten des SARS-Virus (Schweres Akutes Atemwegssyndrom) und der Vogelgrippe, vor allem aber beim Ausbruch der Neuen Influenza A/H1N1 im letzten Jahr waren die Gesundheitsämter völlig überlastet. Die Mitarbeiter wurden von Anfragen der Bürger und Ärzte regelrecht überrannt.

Dabei hat der ÖGD über den Katastrophenschutz hinaus ein breites Aufgabenspektrum. Die Palette reicht von Impfungen und Impfberatung, dem schul-, jugend- und zahnärztlichen Dienst, der Schwangeren- und Mütterberatung, der Umwelt- und Seuchenhygiene, der Überwachung von Hygienevorschriften in Arztpraxen und Krankenhäusern über amtsärztliche Gutachten und Zeugnisse bis hin zur Gesundheitsberichterstattung.

Ein besonderer Schwerpunkt liegt in der engen Zusammenarbeit mit den Jugendämtern beim Angebot früher Hilfen für Familien. Mit frühzeitiger Prävention im Hinblick auf Ernährung, Psyche und Zahngesundheit von Kindern lassen sich enorme Folgekosten vermeiden. Hier ist es wichtig, in enger Kooperation mit anderen Leistungserbringern und Kostenträgern im Gesundheitswesen zum Beispiel in der zahnmedizinischen Gruppenprophylaxe oder bei Impfpräventionsprogrammen geeignete Initiativen zu entwickeln.

Ärzte im ÖGD haben bislang schwache Lobby. Die rund 450 deutschen Gesundheitsämter beschäftigen etwa 17.000 Mitarbeiter, davon 2.800 Ärztinnen und Ärzte. Das sind weniger als ein Prozent aller Beschäftigten im Gesundheitswesen – dementsprechend schwach ist ihre Lobby. Eine Umfrage des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes zeigt: Seit Einführung des Tarifvertrages für den öffentlichen Dienst (TVöD) im Jahr 2005, durch den tarifrechtlich zwischen Klinikärzten und Ärzten im öffentlichen Dienst unterschieden wird, gibt es in allen Bundesländern erhebliche Schwierigkeiten, Stellen mit geeigneten Fachärzten zu besetzen. In den Bundesländern Berlin, Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Schleswig-Holstein waren sogar sämtliche Ämter von diesem Problem betroffen.

Dieser Nachwuchsmangel hat verschiedene Gründe. Seit der Einführung des TVöD müssen Ärztinnen und Ärzte, die aus dem Krankenhaus in den ÖGD wechseln, Einkommensverluste bis zu über 1.000 Euro monatlich hinnehmen. Auch die niedrige Eingangsvergütung hält viele potenzielle Bewerber davon ab, ihr Tätigkeitsfeld im ÖGD zu suchen. Dabei gewährleisten die Arbeitsbedingungen im ÖGD im Vergleich zu anderen ärztlichen Tätigkeitsfeldern eine hohe Vereinbarkeit von Familie und Beruf und werden damit in der Öffentlichkeit durchaus als attraktiv angesehen.

Kontinuierliche Fortbildung sicherstellen. Die kommunalen Arbeitgeber sind deshalb aufgefordert, nicht nur die kontinuierliche Qualifikation und Fortbildung der Beschäftigten sicherzustellen, sondern auch eine den Leistungen entsprechende adäquate Entlohnung zu gewährleisten. Dies geschieht durch das neue Tarifrecht nicht mehr. Daher wird es immer schwieriger, den Öffentlichen Gesundheitsdienst mit qualifizierten Fachärzten neu zu besetzen.

Die berechtigten Erwartungen an eine fachlich qualifizierte und engagierte Tätigkeit im ÖGD müssen mit den tariflichen Rahmenbedingungen im Einklang stehen. Vor diesem Hintergrund ist die Gleichstellung mit dem Ärzttarif für Krankenhausärzte dringend notwendig. Nur unter dieser Voraussetzung hat der öffentliche Gesundheitsdienst wieder eine Chance bei der Werbung um qualifizierte und leistungsfähige Ärztinnen und Ärzte. ■

Dr. med. Ute Teichert-Barthel leitet das Gesundheitsamt Ahrweiler und ist Vorsitzende des Bundesverbandes der Ärztinnen und Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes. **Kontakt: www.aerzte-oegd.de**

Leserforum



Ihre Meinung ist gefragt.

Im G+G-Weblog www.reformblock.de können Sie mit uns diskutieren.

Oder schreiben Sie uns:

Gesundheit und Gesellschaft, Rosenthaler Straße 31, 10178 Berlin,
E-Mail: gug-redaktion@kompakt.de